

## Westbank: „Zwischen Moschee und Polizeistation“

In der Fatah-dominierten Westbank ist vom Versuch, einen arabischen demokratischen Modellstaat zu errichten kaum noch etwas zu spüren. Mit westlicher, auch deutscher Unterstützung geht es mit Volldampf in die Diktatur.

**Peter Schäfer, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina**

Zwischen vier und fünf Uhr morgens wird den Bewohnern des Viertels um das Präsidentenbüro in Ramallah oft schlagartig bewusst, wo die Prioritäten ihrer Regierung liegen. Dann nämlich marschiert eine Gruppe der Präsidentengarde im Laufschrift durch die Straßen, ein dazu passendes Militärlied schmetternd. Wer nicht bereits aufgestanden ist, sitzt senkrecht im Bett. „Entweder wollen sie zeigen, dass sie zur Betzeit wach sind“, so ein Anwohner, „oder sie machen uns klar, dass allzeit bereite Sicherheitskräfte wichtiger als ausgeschlafene Schulkinder sind.“

Beide Erklärungen passen. Zum einen profilieren sich Führungsmitglieder der Fatah seit dem Wahlsieg der Hamas 2006 und deren militärischer Übernahme des Gazastreifens im Juni 2007 vermehrt als gläubige Muslime. Darüber hinaus erlebt die Westbank seit Mitte 2007 eine deutliche Zunahme palästinensischer Polizeiaktionen, sowohl hinsichtlich Anzahl als auch Brutalität.

Einige Stellungnahmen von Vertretern der sich vor allem im Ausland als „säkular“ darstellenden Bewegung sind so gespickt mit islamischen Bezügen, dass, so heißt es, die islamistischen Organisationen grün vor Neid werden. Nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in der Westbank machte die palästinensische Gesellschaft in den letzten Jahren unter der Fatah eine Entwicklung hin zum Konservatismus durch. Zwar schrieben die PLO-Kräfte, also die Fatah-Bewegung und die Linken, in der Palästinensischen Unabhängigkeitserklärung von 1988 eine fortschrittliche Wertebasis für sich fest. Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Mann und Frau fanden aber bisher höchstens theoretisch Eingang in die Arbeit dieser Organisationen.

Fortschritte macht man lieber im Sicherheitsbereich. Dieser wurde seit der faktischen Stilllegung des

Parlaments nach den Wahlen 2006 „professionalisiert“, Kooperation mit der israelischen Besatzung wurde verbessert. Lokale Menschenrechtler berichten in diesem Zusammenhang von umfassenden Eingriffen in persönliche, durch das palästinensische Gesetz eigentlich zugesicherte, Freiheitsrechte.

Polizei- und Sicherheitskräfte sind heute im städtischen Straßensbild sehr präsent und treten teilweise martialisch auf: Kontrollen an Stadteingängen werden zeitweilig von maskierten Beamten mit Kalaschnikow im Anschlag durchgeführt. Und Verhaftungen in palästinensischen Dörfern nimmt man mit Mitteln vor, die denen des israelischen Militärs gleichen: Abriegelung, Ausgangssperre und andere unverhältnismäßige Maßnahmen.

### Militärgerichte

Auch in der Behandlung von Verdächtigen bzw. Oppositionellen orientiert man sich an Israel, so ein Menschenrechtler, der ungenannt bleiben will. „Es gibt Fälle, da wurden Palästinenser nach fünf Jahren israelischer Haft entlassen und noch auf dem Nachhauseweg von der Autonomiebehörde verhaftet. Bis vor einigen Monaten passierten Festnahmen sogar noch

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist seit 2008 mit einem Büro in Ramallah präsent, zuständig für Projekte in Palästina, Ägypten und Jordanien.

Der Newsletter erscheint unregelmäßig und wird per email verschickt. Er wird herausgegeben vom Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mub'adeen St., Ramallah.

Verantwortlich:  
Peter Schäfer  
Tel: 00970-2-2403832  
Fax: 00970-2-2403980  
[newsletter@rosaluxemburg.ps](mailto:newsletter@rosaluxemburg.ps)

ohne gerichtlichen Beschluss.“ Deshalb wandten sich damals verschiedene Organisationen an das höchste palästinensische Gericht, das eine sofortige Freilassung dieser Gefangenen anordnete. „Als Folge werden die Menschen jetzt Militärgerichten vorgeführt, gegen die der Oberste Zivilrichter keine Handhabe hat.“ Nach Schätzungen sitzen in den palästinensischen Gefängnissen in der Westbank derzeit durchschnittlich 800 bis 1.200 politische Gefangene ein, darunter auch Journalisten<sup>i</sup>.

Die Menschenrechtsorganisation Al Haq kritisiert diese Maßnahmen ebenfalls<sup>ii</sup>. Das Innenministerium gehe gegen Wohlfahrts- sowie zivilgesellschaftliche Organisationen vor und tausche nicht genehme Mitglieder durch Sicherheitsleute aus. Dadurch würden soziale Dienste eingeschränkt, um deren Ersatz sich die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) allerdings nicht kümmere, so Betroffene. Positiv bemerkt Al Haq zwar, dass die Folter von Gefangenen zurückgegangen sei, muss aber immer noch fordern, diese als Verbrechen zu ahnden. Andere Menschenrechtler widersprechen anonym der Angabe über die Abnahme der Folter und werfen Al Haq indirekt Selbstzensur vor.

Denn Kritik an der Polizei ist nicht gestattet. In einem kürzlich bekannt gewordenen Fall erhob das Innenministerium Anklage gegen das Jerusalemer Women's Centre for Legal Aid and Counselling. Das Zentrum hatte einen Bericht über die Behandlung von Frauen veröffentlicht, die bei der Polizei Zuflucht vor Männergewalt suchten. Nach Angabe betroffener Frauen wurde ihnen jedoch vielfach nicht geholfen, sondern sie wurden beleidigt, belästigt und wieder weggeschickt. Das zuständige Gericht gab aber der Polizei recht, der Bericht musste zurückgezogen werden. „So wird das jetzt funktionieren“, sagt der anonyme Menschenrechtler weiter. „Unsere Kritik wird fortan als Gefährdung für die nationale Sicherheit für illegal erklärt.“

### **Hooliganismus als Sicherheitskonzept**

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sowie die USA unterstützen den Ausbau der palästinensischen Sicherheits- und Polizeikräfte finanziell und durch Beratung. PA und Fatah-Führung – die Grenzen sind hier fließend – werden gezielt als Alternative zur Hamas gefördert. Und der Chefausbilder der palästinensischen Rekruten in der Westbank, US-General Keith Dayton, konnte seine Schützlinge für ihr Verhalten während des israelischen Kriegs gegen den Gazastreifen im Januar 2009 bereits loben. „Der neue Professionalismus und die Kompetenz der neuen palästinensischen Sicherheitskräfte garantierten einen angemessenen und disziplinierten Umgang mit öffentlichen Unruhen“, so Dayton<sup>iii</sup>, der auch von guter palästinensisch-israelischer „Sicherheitskooperation“ spricht.

Hier das Praxisbeispiel: Als sich am 9. Januar 2009 etwa 300 palästinensische Bürger in Ramallah versammelten, um ihren damals unter israelischem

Bombardement stehenden Landsleuten im Gazastreifen Solidarität zu bekunden, trauten sie ihren Augen kaum. Noch vor dem Start der Demonstration traf eine Gruppe von etwa 50 schwarz gekleideten, mit Fatah-Mützen und Stahlruten bewehrten jungen Männern ein. Ohne Vorwarnung prügelten sie auf die Versammelten ein, unter denen sich auch Führungsmitglieder linker Parteien befanden. Protestierende wurden mit blutigen Köpfen weggeschleift. Alles passierte am helllichten Tag und unter den Kameras internationaler Fernsehsender. „Die Botschaft ist klar“, so ein Demonstrant. „Der palästinensischen Führung ist ihr Ansehen im Westen wichtiger, als das in der eigenen Bevölkerung.“ Mit der Unterbindung jeglicher Aktivität, die als Unterstützung für die Hamas-Regierung im Gazastreifen gewertet werden könnte, will man sich gegenüber den USA, der Europäischen Union und Israel als verlässlicher Bündnispartner beweisen. Und natürlich ist die Schmach des militärischen Verlusts gegen die Hamas im Gazastreifen noch sehr präsent und die Fatah sucht nach Möglichkeiten der Vergeltung. Kollateralschäden sind augenscheinlich einkalkuliert.

Vor dem Hintergrund der islamisierten Fatah und einem „Zero Tolerance“-Sicherheitskonzept wurde die innenpolitische Situation in der Westbank im August 2009 auf einer Veranstaltung des Ramallah Center for Human Rights Studies, eines Partners der Rosa-Luxemburg-Stiftung, als „zwischen Moschee und Polizeistation“ beschrieben.

### **Internationale Unterstützung für PA-Polizei**

„Terrorismusbekämpfung in Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit bewahrt undemokratische Regierungsführung im Sicherheitssektor und unterminiert Staatsbildung und Wiederaufbau“, fasst Politikwissenschaftler Yezid Sayigh<sup>iv</sup> die Lage zusammen. Staatsbildung und Wiederaufbau sind die großen Themen der internationalen Geber. Milliarden wurden dafür in den letzten 17 Jahren ausgegeben. Unter anderem unterstützt die Europäische Union „die Palästinensische Autonomiebehörde darin, Verantwortung für Recht und Ordnung zu übernehmen und insbesondere bei der Verbesserung der Kapazitäten von Polizeikräften und Strafverfolgung.“<sup>v</sup> 15 Millionen Euro Hilfe hat die Bundesrepublik Deutschland dafür auf der Berliner Sicherheitskonferenz im Juni 2008 der palästinensischen Führung zugesagt. Die fließen in den Erwerb von technischem Gerät und den Bau von 55 Polizeistationen, aber auch in Ausbildung und Training.<sup>vi</sup>

Nun steht die Reform des Sicherheitssektors allerdings bereits seit mindestens zehn Jahren auf der Agenda der westlichen Geberstaaten. Verschiedene Sicherheitsdienste wurden bereits vereinigt, Polizeichefs entmachtet, die sich autonome Einflussbereiche aufgebaut hatten, Einsatzkräfte trainiert. Die USA investieren in Ausrüstung und Ausbildung der nationalen Sicherheitskräfte und die EU in die der Polizei. Es geht um professionellere

Dienste, die sich von Fatah-loyalen Truppen hin zu einer der gesamten Bevölkerung dienenden Einrichtung entwickeln sollen.

Dabei ist ein großes Hindernis für den Aufbau professioneller Polizeidienste die Fatah selbst. Die Bewegung ist fragmentiert und das „System Arafat“ funktioniert auch heute noch. Der langjährige Präsident und Fatah-Führer Jassir Arafat konnte sich fast 40 Jahre an der politischen Spitze halten, weil er verschiedene Machtfaktoren, auch innerhalb seiner Fatah, geschickt gegeneinander ausspielte. Der Nachteil war und ist dabei jedoch, dass so kein effizienter Organisationsaufbau zu machen ist, von einem demokratischen ganz zu schweigen.

Was Disziplin und Effizienz bedeuten, konnte die Hamas 2007 im Gazastreifen beweisen. Innerhalb weniger Monate stampfte man dort Militäreinheiten und einen Polizeidienst aus dem Boden. Diese setzten den mächtigen und waffenstarken Daghmush-Clan matt, der zuvor unter der Fatah-Regierung für viele Entführungen und Schießereien verantwortlich zeichnete.

So ist deutlich geworden, dass hauseigener politischer Wille mehr wiegt als jahrelange, sich wiederholende westliche Militär- und Polizeiberatung und Reformbemühungen. Zwar ist die Polizei in Gaza – neben den weiter bestehenden Qassam-Brigaden – auch eine Schutztruppe für die dortige Hamas-Regierung und gewinnt sicherlich keinen Menschenrechtspreis. Aber das behauptet ja auch niemand.

Die Westbank-Autonomiebehörde und die sie unterstützende internationale Gemeinschaft hingegen halten zumindest vordergründig weiterhin an ihrem Ziel eines demokratischen palästinensischen Staats fest. Nach Einschätzung hiesiger Menschenrechtler geht es jedoch darum, die derzeitige Regierung um jeden Preis an der Macht zu halten. Und das geht offenbar nur noch mit einer starken Schutztruppe. Die USA und die EU „riskieren“, formuliert Yezid Sayigh vorsichtig, „dauerhafte Akteure in innenpolitischen Machtkämpfen zu werden und damit die Errungenschaften im Sicherheitssektor, die sie selbst gefördert haben, brüchig werden zu lassen und umzukehren“.<sup>vii</sup>

## **Sex, Lügen und Video**

Aber eigentlich sieht es doch ganz gut aus, meinen viele internationale Beobachter. Die Fatah und Präsident Mahmud Abbas führen derzeit alle Umfragen an. Deren Verlässlichkeit muss allerdings bezweifelt werden in einem Klima, in dem bereits der Ruch von Sympathie für die Hamas Repressalien mit sich bringt. Real wird die Fatah-Bewegung von den politischen Herausforderungen zerrieben. Seit 1993 hat sie sich mit Israel vertraglich an einen stufenweisen Staatsaufbau gebunden, der mit der Zeit aber immer unwahrscheinlicher geworden ist. Israel und die internationale Gemeinschaft erwarten Verhandlungsbereitschaft und die Niederschlagung palästinensischen Widerstands gegen die Besatzung. Und die Bevölkerung erwartet von ihrer Führung selbstverständlich Schutz vor der

Besatzung und die Durchsetzung staatlicher Unabhängigkeit.

In den Augen der Palästinenser steht ihre Führung deshalb mit heruntergelassener Hose da. Und zwar sprichwörtlich. Der Büroleiter des Präsidenten, Rafiq Husseini, war im israelischen Fernsehen (und ist noch auf youtube) im Schlafzimmer zu sehen, und zwar nicht in seinem eigenen. Gefilmt hat das eine palästinensische Anti-Korruptionseinheit, die einem Verdacht sexuellen Missbrauchs von Bediensteten nachging. Das sei, so die Ermittler, aber lediglich ein weiterer Mosaikstein zwischen illegalen Landverkäufen und anderen Vergehen hochrangiger Fatah-Führer. Die Fatah-Führung leugnet die Anschuldigungen, hält das Ganze unter Verschluss und bedrohte lieber den Untersuchungs-Chef. So rechtfertigte dieser jedenfalls seine Hinwendung zu den israelischen Medien.<sup>viii</sup> Angesichts des Hauens-und-Stechens in der Fatah könnte der Skandal allerdings auch schlicht künstlich fabriziert worden sein. Wer weiß das schon in einem System, das sich nicht durch Transparenz auszeichnet?

Dabei war der Ruf der Fatah-Spitze sowieso schon ruiniert. Abbas' Aufschiebung des „Goldstone-Berichts“ im Herbst letzten Jahres über Menschenrechtsverletzungen während des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Januar 2009 war wohl dessen populärer Tiefpunkt. Und die Ermordung des Hamas-Kaders Mahmud Al-Mabhuh in Dubai im Januar, an der, so palästinensische Quellen, auch zwei Palästinenser mit Verbindungen zur Fatah-Spitze (Muhammad Dahlan) beteiligt gewesen sein sollen, hat es nicht besser gemacht.

## **Die Fatah**

Dabei hatte die Fatah im August 2009 ihre Runderneuerung versucht: Zum ersten Mal seit 20 Jahren wurde die Führung neu gewählt. Die Anwesenden stärkten Präsident Mahmud Abbas als Generalsekretär der Bewegung. Und die Führungsorgane – Zentralkomitee und Revolutionsrat – wurden zum großen Teil mit Personen besetzt, die zuvor keines dieser Ämter innehatten. International stieß dieses Ergebnis auf große Anerkennung und Erleichterung, setzte die Fatah doch prinzipiell weiterhin auf eine Verhandlungslösung mit Israel. Widerstand gegen die israelische Besatzung wurde zwar befürwortet, Beobachter werten das jedoch als Lippenbekenntnis.

Vorerst. Denn das Ergebnis könnte bald wieder von neuen Ereignissen überholt werden. Viele Fatah-interne Kritiker sind aus verschiedenen Gründen nicht zum Kongress erschienen, die eigene Opposition war damit unterrepräsentiert. In der Führung bildeten sich so zunächst, sehr vereinfacht, drei Strömungen heraus:

- Präsident Mahmud Abbas und die diplomatische Elite, von denen nur der Präsident selbst Popularität genießt,

- eine Sicherheits- und Geheimdienstfraktion, die in der Bevölkerung unbeliebt ist,
- und eine Gruppe um Marwan Barguti, der seit 2002 in Israel inhaftiert ist.

Präsident Abbas kündigte bereits an, angesichts des fortschreitenden israelischen Siedlungsbaus und festgefahrener Friedensverhandlungen für eine zweite Amtsperiode nicht zur Verfügung zu stehen. Häufige Rücktrittsdrohungen schmälern selbstverständlich deren Glaubwürdigkeit. Sie sind jedoch trotzdem Anlass, über eine Zeit nach Abbas nachzudenken. Denn der potenzielle Nachfolger ist höchstwahrscheinlich entweder ein unpopulärer Fatah-Vertreter, der sich nur mit strikten diktatorischen Maßnahmen an der Macht halten kann, oder Marwan Barguti. Nur letzterem wäre derzeit die Bildung einer breit unterstützten Regierung zuzutrauen. Angesichts der schnellen Rückwärtsentwicklung im israelisch-palästinensischen Friedensprozess ist die Barguti-Maxime „Verhandlungen bei gleichzeitigem bewaffneten Widerstand“ sehr beliebt.

### **Israelische Besatzungspolitik als Herausforderung für die Autonomiebehörde**

Ein erneuter palästinensischer Aufstand gegen Soldaten und Siedler in der Westbank ist nicht unwahrscheinlich. Die starken Proteste gegen den israelischen Siedlungsbau im palästinensischen Ost-Jerusalem Mitte März machten es vor. Und dies ist das Dilemma der Westbank-Regierung: Sie kann sich nicht ganz wie die Kollegen in Ägypten oder Jordanien gebärden und alles Ungeliebte rundweg unterdrücken. Ein Verbot allen Widerstands gegen die israelische Besatzung von Westbank und Gazastreifen würde jede palästinensische Regierung delegitimieren. Dieser Widerstand bleibt somit ein ständiger, nicht vollständig zu kontrollierender Faktor.

Der folgende Auszug aus einem Bericht<sup>x</sup> über eine „normale“ Woche (hier: 11.-17. Februar 2010) in den von Israel besetzten Gebieten veranschaulicht die Herausforderungen für die PA. „Die Besatzungsarmee: tötete zwei Palästinenser, einschließlich eines Zivilisten, in Hebron; feuerte zu Land, zu Wasser und aus der Luft auf Zivilisten und zivile Ziele in Gaza; führte 14 Einmärsche in palästinensische Ortschaften der Westbank durch; verhaftete 44 palästinensische Zivilisten, einschließlich 21 Minderjähriger, in der Westbank; verhaftete 10 Zivilisten im Gazastreifen, acht wurden wieder freigelassen; hat den Siedlungsbau in der Westbank weitergetrieben und israelische Siedler griffen weiterhin palästinensische Zivilisten und ihr Hab und Gut an; zerstörte eine Lagerhalle in Wadi al-Husseini im Südosten Hebrons sowie sechs landwirtschaftliche Brunnen und fünf Räume in Ithna bei Hebron.“

Das Problem ist also, dass sich das harsche Vorgehen der PA gegen die Hamas und andere Oppositionelle in der Westbank nicht in israelischen Gegenleistungen rechnet. Israel bestimmt zudem noch

immer vollständig, wer sich in den besetzten Gebieten aufhalten darf und wer nicht, einschließlich der Städte, die nur dem Namen nach von den Palästinensern kontrolliert werden dürfen. Israel verwaltet das palästinensische Personenstandsregister und stellt Identitätsausweise und andere Personaldokumente aus oder eben nicht. So müssen in der Westbank Tausende von Palästinensern ohne solche Papiere leben. Aus Angst vor einer Personenkontrolle an einem Militärposten haben sie ihre Städte oder Dörfer seit Jahren nicht mehr verlassen. Zwar wurden ein paar Checkpoints in den letzten Monaten durchlässiger. Allerdings nutzt Israel die Zeit, diese auszubauen, zu „modernisieren“. Die Zeit der scheinbaren Lockerung der Beschränkungen auf Personen- und Warenverkehr wird also dazu verwendet, die Fragmentierung der Westbank zu zementieren.

Erst kürzlich hat Israel begonnen, für Mitarbeiter internationaler Organisationen, die in den besetzten Gebieten humanitäre und Entwicklungshilfe leisten, keine Arbeits- sondern nur noch Touristenvisa auszustellen. Das bedeutet, dass diese Organisationen im von Israel annektierten Ost-Jerusalem und in den sogenannten C-Gebieten – etwa 59% der Westbank – nicht mehr arbeiten dürfen.<sup>x</sup>

### **Palästinensische Wahlen**

Dem Gesetz nach hätten palästinensische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar 2010 stattfinden müssen. Ein gemeinsamer Urnengang in Westbank und Gazastreifen ist auf Grund der politischen Trennung zwischen den beiden Einheiten allerdings unmöglich. Angesichts der politischen Verfolgungen in Westbank und Gazastreifen wären Wahlen sowieso nicht frei. Die Anberaumung von Kommunalwahlen für den 17. Juli 2010 in der Westbank weist aber darauf hin, dass nationale Abstimmungen von Ramallah auch gar nicht erwünscht sind.

Die Verhinderung nationaler Wahlen wäre denn auch ein sicherer Weg für Abbas – dessen Mandat von der PLO auf unbestimmte Zeit verlängert wurde – und die politischen und wirtschaftlichen Eliten Palästinas, Einfluss und Privilegien nicht zu verlieren. Der Präsident muss so sein Versprechen nicht einlösen, bei einer weiteren Stagnation der Verhandlungen mit Israel nicht mehr zu kandidieren.

### **Der „Fayad-Plan“**

Und auch Premier Fayad hätte mehr Zeit, sich eine eigene Machtbasis aufzubauen. In dem ihm durch die israelische Besatzung eng gesteckten Rahmen versucht der Vertreter einer Kleinstpartei – „Der Dritte Weg“ – Punkte zu machen. Das geschieht zum einen durch stärkere Kontrolle über die Verwaltung der Sicherheitsorgane, aber auch durch die Kooptierung sozialer Bewegungen. So erhalten heute einige Repräsentanten der Kampagnen gegen den israelischen Mauerbau innerhalb der Westbank beispielsweise eine monatliche Zuwendung durch das

Finanzministerium. Fayad kann diese populären Aktivitäten so nicht nur kontrollieren, sondern auch politisch für sich nutzen.

Der Premier verfolgt einen Plan, der vorsieht, öffentliche Institutionen zu konsolidieren und zu verbessern, so dass sie bei Staatsgründung funktionieren. Der Clou ist, dass israelische Entwicklungshemmnisse schlicht ignoriert werden. Allein das sichert Fayad wohl die internationale Unterstützung. Die Geberorganisationen können so Projekte und Umsatz beibehalten, ohne das israelische Besatzungsregime thematisieren zu müssen. Der Plan liest sich ansonsten wie alle Pläne für palästinensischen Staatsaufbau der letzten 15 Jahre. Und es ist nicht klar, warum der aktuelle jetzt, in Zeiten viel stärkerer territorialer und politischer Fragmentierung, auf einmal Erfolg bringen sollte, zumal Fayad als Nicht-Fatah-Mitglied auch über keine politische Basis oder sonstige Hausmacht verfügt.

Neben Infrastrukturprogrammen – es wird derzeit, ein Novum, eine neue palästinensische Stadt aus dem Boden gestampft – beruht der Plan auf der Annahme, dass ein reformierter Sicherheitssektor die Zusammenarbeit mit Israel verbessert. Ansonsten ist Fayad gewillt, Grenzen auszureizen. Internationale Geberorganisationen fordert er zu Recht auf, in der gesamten Westbank zu arbeiten, also auch in den „C-Gebieten“, die Israel annektieren möchte.

Viele in der Fatah-Führung wollen Fayad loswerden und die Regierung wieder selbst übernehmen. Sollte sein Gönner, Präsident Abbas, abtreten, wären wohl auch Fayads Tage als Politiker gezählt. Egal wie die Nachfolge aussieht, eine Spaltung der jetzt schon äußerst heterogenen Fatah-Bewegung ist sehr wahrscheinlich, einschließlich folgender Machtkämpfe. Ob sich dann noch eine von der Bevölkerung getragene palästinensische Führung findet, die sich ihre Sicherheits- und Planungsschwerpunkte vom Westen und von Israel diktieren lässt, ist zweifelhaft.

- 
- <sup>i</sup> PCHR: PCHR condemns continued harassment of journalists in the West Bank, Press Release 17 February 2010.
  - <sup>ii</sup> Al Haq: Letter to Prime Minister Dr. Salam Fayyad Regarding Human Rights Concerns in the West Bank, 6 February 2010, [www.alhaq.org](http://www.alhaq.org).
  - <sup>iii</sup> Dayton, Keith: Keynote speech at the Soref Symposium, The Washington Institute for Near East Policy, 7 May 2009, <http://www.washingtoninstitute.org/html/pdf/DaytonKeynote.pdf>.
  - <sup>iv</sup> Sayigh, Yezid: “Fixing Broken Windows”. Security Sector Reform in Palestine, Lebanon, and Yemen, Carnegie Papers No. 17, October 2009, p. 1.
  - <sup>v</sup> European Union: EU Police Mission for the Palestinian Territories (EUPOL COPPS), [http://consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/missionPres/files/100121%20FACTSHEET%20EUPOL%20COPPS%20-%20version%2015\\_EN03.pdf](http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/missionPres/files/100121%20FACTSHEET%20EUPOL%20COPPS%20-%20version%2015_EN03.pdf).
  - <sup>vi</sup> Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah: Deutschland unterstützt die palästinensische Zivilpolizei mit 31 weiteren Polizeifahrzeugen und 300 Funkgeräten, [http://www.ramallah.diplo.de/Vertretung/ramallah/de/polizei\\_seite.html](http://www.ramallah.diplo.de/Vertretung/ramallah/de/polizei_seite.html).
  - <sup>vii</sup> Sayigh, p. 3.
  - <sup>viii</sup> Amayreh, Khaled: Hedonism in Ramallah, in: Al Ahram Weekly, Issue No. 986, 18-24 February 2010.
  - <sup>ix</sup> Wochenbericht des Palestinian Centre for Human Rights (<http://www.pchrgaza.org>), 18 February 2010.
  - <sup>x</sup> Für weitere Informationen siehe die Kampagne [www.righttoenter.ps](http://www.righttoenter.ps).